

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
1908. Nr. 58. für Anhalt und Thüringer. Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Die..stag, 4. Februar 1908.

Geldchäftsstelle in Berlin: Delfaauerstraße 14.
Telephon-Act. VI Nr. 11499.
Druck und Verlag in Halle a. S.

Preis pro Jahr 3.00 M., durch die Post bezogen 3.20 M. für das Vierteljahr 0.75 M., halbjährlich 1.40 M., jährlich 2.80 M. Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren extra).
Geldchäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. 1. Etage.
Redaktion Leipzig 1272, Eing. Gr. Brauhausstr. 10.
Verleger: Dr. Walter Gedenke in Halle a. S.

Der Königsmord in Portugal.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zum Königsmord in Portugal:
In der ganzen gestillten Welt wird die Kunde von dem Verbrechen, dem König Carlos und sein ältester Sohn Prinz Luis zum Opfer gefallen, tiefen Abdruck in den Gemütern und ihre Herzen hervorgerufen. Der König ist in der Person der Mannesjahre und der Ehre ohne im Alter von noch nicht 40 Jahren von Mordhandlungen dahingeführt worden. Von dem Vorgefallenen hinterläßt dieser erschütternden Ereignisses hebt sich der Gedanke der schmerzhaften Königin-Amalie ab, die im Hinblick der Schicksale und nach dieser furchtbaren und lauter unbeschreiblichen Geschehnisse gewirkt hat. Bald nach dem Verbrechen in den Palast empfangt die Königin in jester, königlicher Haltung die Staatsbürger und die in Lissabon bestehenden Vertreter der Mächte. Das müde Volk, das in der Person der Königin in der schweren Stunde nicht nur die Sympathien für sie und ihren Sohn, den mangelnden König, im Grunde zu verlieren, eine durch ganz Europa organisierte republikanische Partei mit starken Wurzeln in der Bevölkerung war bisher nicht vorhanden, und selbst wenn es versucht zu Aufhebungen kommen sollte, würde damit noch keine politische Umwälzung im Sinne des Republikanismus zu erwarten sein. Als noch geringere gilt im Volke der Eindruck des Vorgefallenen. Ueber den politischen Hintergrund der schweren Ereignisse ist es nicht möglich zu sagen, weil es sich nicht als ein anarcho-politisches Verbrechen zeigt. Es werden aber aus portugiesischen und auch aus spanischen Quellen Aufstellungen berichtet, wonach selbst, wenn die Königin nicht getötet worden wäre, die Republikanische Bewegung über diesen Punkt zurückfallen bis zur weiteren Aufklärung über die Motive der Mordtat. Ihre Majestät der Königin-Amalie und die deutsche Kaiserin, die nach vor kurzem von der Königin Amalie an englischen Hof mehrere Tage freundschaftlichen Zusammenhanges verbracht haben, nehmen an dem Vorgefallenen Anteil. Die Königin-Amalie hat der Kaiserin in einem dem Kaiserin gehaltenen Briefe Telegramm an die Königin Amalie geschrieben.
Der Kaiser von Rußland hat an die Königin-Amalie von Portugal, den König von Portugal und den Herzog von Porto ihre herzlichste Beileidschreiben gerichtet.
Die Höfe von Dresden, Darmstadt, Stuttgart, Kopenhagen, Stockholm und Christiania haben Hoftrauer angelegt. Am Samstag ist bereits gemeldet, ebenfalls in Beileidschreiben nach Lissabon ihr tiefgefühltes Mitleid ausgedrückt. Der Präsident Roosevelt, der die Nachricht durch den Herzog von Porto erhalten hatte, hat dem König Manuel in einem persönlichen Telegramm das Beileid des amerikanischen Volkes ausgesprochen. Ferner haben eine Anzahl von Parlamenten beschlossen, dem König Manuel von Portugal den Beileid der portugiesischen Königsfamilie und des portugiesischen Volkes auszudrücken.

Weniger sozialistische Depuтиerte, unter ihnen auch der sozialistische Depuтиerte Vagstad, brachten in der französischen Kammer den portugiesischen Hofe ihre republikanischen Sympathien und ihre Wünsche für die Herstellung eines Regimes der Freiheit aus. Man glaubt, daß der Kammerpräsident Weiss eine Abstimmung über die Resolution nicht zulassen werde. — Im Gemeinderat der Stadt Paris brachte der konservative Deputierte eine Resolution, in welcher der portugiesische Königsmord als Verbrechen angesehen wird. Der Vorsitzende verweigerte jedoch die Zustimmung dieser Resolution. Die deutsche Presse hat sich über den portugiesischen Republikanismus und die Resolutionen nicht zu äußern. In dem Bericht der Königin-Amalie, die die Resolutionen, nach Lissabon zu gehen, um dem Beileidbegnügen des Königs Carlos und des Herzogs Ludwig Philipp beizubringen.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus London ist, um Mißverständnissen und irrtümlichen Folgen vorzubeugen, Befehl erteilt worden, daß nur das in Rio befindliche Flagggeschiff des Atlantischen Ozeans und ein Kreuzer nach Lissabon gehen sollen, um die Beileid Motte, die programmgemäß am Montag auf Lissabon angekommen sollte.

Alle aus Portugal nach Spanien kommenden Reisenden sind streng überwacht. Den Madrider Blättern zufolge sind die Reise aus Portugal am Sonntag ohne Reisende ohne Beschäftigung. Die spanische Bürgerwehr hält die spanische Regierung ab. Anstatt befeht.

Ein Zeitpunkt für den Zusammentritt der portugiesischen Cortes ist noch nicht festgesetzt. Admiral Ferreira de Amaral, der Direktor des Marinearsenals, leitete die Verhandlungen, ein neues Kabinett zu bilden, fort. Die Beschlüsse sollen in Lissabon den Versuch gemacht haben, zwei spanische Infanterie zum Aufbruch zu bewegen, sie wurden aber mit Flintenweissen zurückgewiesen. Eine Verwandtschaft aus Lissabon behauptet, daß Carlos am Montag nach Portugal habe verlassen wollen.

Bei Redaktionschluss erhalten wir noch folgende Telegramme: Lissabon, 3. Febr. Nach dem Mordtat kam der Wille gegen Franco offen zum Ausdruck. Das neue Ministerium Ferreira do Amaral wird sich auf alle monarchistisch gesinnten Gruppen ohne Unterschied der Schattierungen stützen. — Die öffentliche Ausstellung der Leichens des Königs in der Uniform des Generalissimus und des Kronprinzen in der Uniform eines Hauptmanns der zweiten Lanciers wird voraussichtlich morgen ab in dem zu diesem Zweck in eine Kapelle umgewandelten Saale beginnen. Die Beerdigung ist auf den nächsten Sonnabend festgesetzt.

Der Gesundheitszustand der Königin ist im Gegensatz zu den verbreiteten Gerüchten verhältnismäßig gut. — Die Stadt gewinnt allmählich ihr gewöhnliches Aussehen wieder. Die öffentlichen Gebäude und königlichen Schlösser werden unausgesetzt von Militär und Stadtgarde bewacht. Die von Franco verbotenen Zeitungen sind nicht wieder erschienen; die anderen Blätter enthalten sich seit dem Verbrechen jeder Betrachtung über Politik und beschränken sich darauf, ihren Lesern über das furchtbare Mordtat zum Ausdruck zu bringen.

Wien, 3. Febr. Die „Zeit“ veröffentlicht ein Telegramm von Don Miguel von Braganza aus Braganza, welches besagt, der Herzog habe sich erklährt seinen Willen über die ruhmlose Tat in Lissabon Ausdruck gegeben und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Umholde vor dem Unglück der sehr bedauerlichen Witwe und ihres Sohnes einhalten und alle anständigen Elemente sich zu deren Verteidigung einigen werden.

Zur Lage der Postbeamten.

Im vorigen Frühjahr hatte die Kommission für den Reichshausetat dem Plenum empfohlen, die verschiedenen Regierungen zu veranlassen, die Unterbeamten durch aufzubessern, daß man das Höchstgehalt von 1500 M. auf 1600 M. erhöhte. Von der Reichsregierung nahm sich damals der Abgeordnete King, der bei der allgemeinen Debatte nicht mehr zu Worte gekommen war, bei Beratung des Haushaltsplans am 2. März 1907 der Postbeamten, wann an das Ergebnis der Verhandlungen zusammenfassend. Er sprach dabei nicht nur für seine Person, sondern auch für einen großen Teil seiner politischen Freunde weiterhin das Bedauern aus, daß das Gehalt der Unterbeamten auf 1000 M. im M. in der Höhe gehalten bleibe und auch das Maximum nur um 100 M. erhöht werden sollte. Er schilderte dann die überaus traurige Lage der Unterbeamten, die bis zum 25. Lebensjahre nur 2,50 M. jährlich beziehen und erst nach neunjähriger Dienstzeit in zweijährigen Steigungen endlich eine Tagesentlohnung von 3,30 M. erreichen. Der Staatssekretär habe zwar 2,70 bis 3,50 M. als die Grenzen angegeben, er wolle auch annehmen, daß die Grenzen vorformen, aber im allgemeinen habe er auf seine Entündigungen die von ihm angegebenen Sätze als höchstzulässig gesahlt vorgefunden. Selbst die Höhe von 2,70 bis 3,50 M. seien indes doch recht niedrig. Auf die Trübsal der Unterbeamten von Verwaltungen wegen nicht bezogen, die seien ein Almosen und wirkten demoralisierend. Der Redner nannte es dann eine große Härte, daß die ersten Dienstalterszulagen um einen Teil der sogenannten Zulagenzulage gekürzt würden, denn dadurch werde für die ersten neun Jahre der dienstmäßigen Dienstzeit jede Aufbesserung des Gehalts vollkommen illusorisch. Redner behauptete diese Behauptung mit zahlreichen Nachweisen. Das Wohnungsgeld entpforderte gegenwärtig, wenigstens im Westen, nicht im entferntesten den Wohnungsverhältnissen und Zulagenverhältnissen. Als normal würde er für die Unterbeamten 1200 M. Anfangsgehalt und 1800 M. Endgehalt ansetzen, wie das aus dem konservativen Redner und dem Redner der Reformpartei gefordert worden war. Die neue Gehaltsregulierung dürfe nicht nur augenblicklichen Bedürfnissen und Verhältnissen Rechnung tragen, sondern sie müsse für längere Zeit ein Werk der Gerechtigkeit und des Wohlwollens des Reichstages wie der verbündeten Regierungen gegenüber der Beamtenklasse darstellen unter Berücksichtigung des Wortes des Kaisers Wilhelm I.: „Ich wünsche eine zufriedene Beamtenklasse zu haben.“ Der Redner ging dann noch auf die Krankenpflege in Krankheitsfällen, die Vertrauenssärzte und den Weg der Selbsthilfe der Beamten durch eigene Krankenkassen mit Bezug auf die Barmherzigenvereine ein. Auch andere Redner der Reichsregierung haben damals die Forderungen der Beamten vertreten.

Bei den diesjährigen Beratungen des Reichstages in der Budgetkommission des Reichstages wurden die Verhältnisse der Postbeamten eingehend durchgeprochen. In dem Vordergrund traten aber dabei die Forderungen der Beamten zu organisieren und den Bezirksverbänden ein Koalitionsrecht zu verleihen. In der Sitzung vom 31. Jan. spitzte sich die Erörterung durch weitgehende Anträge recht scharf zu. Man sprach von Vereinsfreiheit und Petitionsfreiheit, während man auf der äußersten Linken ganz offen das Ziel einer Koalitionsfreiheit auch der Postbeamten aufriefen wollte. Die Mehrheit wendete sich entschieden gegen das freie Vereinigungsrecht der Beamten, ein Streikrecht

dürfte ihnen nicht aufheben, wohl aber trat sie für eine Ordnung in der Vertretung der Beamtenvereine bei ihren Verhandlungen ein. Der Staatssekretär im Reichspostamt lehnte energisch zu weitgehende Forderungen ab. Man nahm zu dem vom Zentrum ausgehenden Vermittlungsvorschlag noch keine ernüchterte Stellung, sondern setzte die Abstimmung bis Dienstag aus. Dieser Antrag wünscht eine geordnete Geltendmachung gemeinsamer Wünsche der Postbeamten in der Weise festgesetzt zu haben, daß ganzen Beamtenkategorien die jeberzeitige Einreichung von Gesuchen um Verbesserung ihrer dienstlichen Verhältnisse bei den Ministerien gestattet und angeordnet wird, daß solche Gesuche in angemessener Frist und im Falle einer abschlägigen Entscheidung unter Angabe der Gründe begehrt werden. Dagegen sollen die an den Reichstag gerichteten Eingaben der Postbeamten künftig erst dann in sachliche Beratung gezogen werden, wenn die Gesuchsteller sich zuvor mit ihrem Gesuch an den Ministerien gewendet und einen abschlägigen oder feinen Bescheid erhalten haben.

Inzwischen wird die Verfügung über die gegebenen Unterbeamten bekannt, denen bei größeren Verbesse- rungen weitere bisher von Beamten wahrgenommene einfachere Dienstverrichtungen vom 1. April ab übertragen werden sollen. Die Anwartschaft auf diese gegebenen Stellen wird durch eine Prüfung erworben.

Die Prüfung erstreckt sich bei Ämtern auf Stellen des Postdienstes je nach dem Antrage des Unterbeamten auf das Briefabfertigungs-, Entlastungs- und Postfachdienst oder auf das Bäckereidienst und den Postfachdienst, auf dem Postfachdienst und den Postfachdienst, auf dem Postfachdienst und dem Postfachdienst, auf dem Postfachdienst und dem Postfachdienst. Zur Prüfung werden die etwa ständiger angestellten Unterbeamten der Postfachdienst (Postfachdienst, Briefträger, Telegraphenbetriebsaufseher erster Klasse) zugelassen, die die nötige Eignung besitzen. Die Reihenfolge der Zulassung regelt sich nach dem Dienstalter. Die betreffenden Anträge werden regelmäßig bekannt gegeben. Spätestens zwei Wochen nach dem ersten zulässigen Meldeterminum muß die Zulassung zur Prüfung nachsucht werden. Bis Ende März 1909 können gegebenenfalls Unterbeamtenstellen noch nicht gewählten Unterbeamten probeweise übertragen werden; die Prüfung muß dann aber spätestens innerhalb eines Jahres nachgeholt werden.

Deutsches Reich.

* In der zweiten Sitzung der Interkonvention am Montag haben die Abgeordneten Wiener und Radtke den Antrag gestellt, die Konvention mit der Maßnahme anzunehmen, daß die von den verbündeten Regierungen in Aussicht gestellte Ermächtigung der Reichssteuer von 14 auf 10 Mark pro Doppelunterer spätestens vom 1. Oktober 1909 ab durchgeführt werde unter der Voraussetzung, daß ein etwaiger Anfall an Einnahme aus der Interconvention für die Reichskasse durch Beschaffung anderweitiger Mittel ausgeglichen wird.

* Landwirtschaftliche Vorträge für Soldaten. Wie die „Darmstädter Zeitung“ von unterrichteter Seite erfährt, ist die Militärbehörde einer Anregung der Regierung entgegengekommen, in Garnisonorten, in denen durch das Vorhandensein einer landwirtschaftlichen Wirtschafschule Gelegenheit dazu gegeben ist, landwirtschaftliche Vorträge für Soldaten landwirtschaftlichen Berufes halten zu lassen. Zunächst soll ein Versuch in Darmstadt, Mainz und Worms gemacht werden. Die Vorträge werden sich auf Fragen aus dem Gebiete des Pflanzenbaues, der Tierzucht und der Betriebslehre beschränken, die für den künftigen Beruf der Teilnehmer von Belang sind. Mit Rücksicht auf den Dienst können nur die Wintermonate in Betracht, und zwar je ein Abend in der Woche. Zur freiwilligen Teilnahme haben sich in Darmstadt 197, in Mainz 37 und in Worms 88 Mann gemeldet.

* Prinzessin Gertrud von Preußen ist am Sonntag in Brestoje Gelo eingetroffen.

* Oberbürgermeister Aoides. Wie heute nach der „Magdeb. Ztg.“ verlautet, habe Fritz Wilow dem Frankfurter Oberbürgermeister Aoides doch das Staatssekretariat des Reichsfinanzamts angeboten. Aoides wäre nicht abgeneigt, der Nachfolger Stengels zu werden. — Wir setzen hinter diese Meldung noch immer ein Fragezeichen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
23. Eplunadom 3. Februar, 11 Uhr.
Am Ministerisch: Delbrück.
Präsident v. Richter: Meine Herren, wir haben alle unter dem erlösenden Eindruck der Ereignisse in Portugal. Das hat sich erst heute. Ich erlaube Sie, Ihren Präsidenten zu ermächtigen, der hiesigen portugiesischen Gesandtschaft das Beileid des Hauses auszusprechen. (Beifall und Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.) Die Ermächtigung ist mir erteilt.
Darauf legt das Haus die Eingelagerung des Handels- und Gewerbebesatz fort.
Abg. Frh. v. Rehdig (freisinnig) begrüßt die Aufmerksamkeit reichlicher Mittel zur Förderung des gewerblichen Unterrichts und verlangt Einschränkung des Schreibeberwesens in einzelnen Zweigen der Gewerbeverwaltung.

